



Münchner/innen stehen Ende 2012 Schlange auf dem Marienplatz, um sich für das Volksbegehren gegen Studienbegehren einzutragen.
Foto: Anno Dietz (Jusos München)

DIE SCHULE DER DIREKTEN DEMOKRATIE

Wie hat die direkte Demokratie das kommunalpolitische Leben in Bayern verändert?

TEXT **SUSANNE SOCHER**

Ich erinnere mich noch, dass es kalt war im Februar 1995. Damals war ich 16 Jahre alt und stand zusammen mit einigen Jugendlichen in der Fußgängerzone einer Kleinstadt in der Oberpfalz. Ich war überrascht, wie leicht wir mit den vorbeigehenden Menschen in Kontakt kamen und wie schnell viele bereit waren, sich für das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Bayern“ einzutragen. Das mussten sie im Einwohnermeldeamt machen, das wenige Meter entfernt lag. Ebenso erstaunte mich, dass an den zahlreichen Infoständen mehrere unterschiedliche Parteien und sogar Menschen aus den kirchlichen Jugendverbänden gemeinsam für eine Sache eintraten. Mehr Demokratie und mehr Möglichkeiten der Mitsprache für die bayerischen Bürger/innen per Volksbegehren

zu fordern fand ich, die sich gerade mit Politik zu beschäftigen begann, sehr einleuchtend. Ebenso, dass Demokratie nur funktionieren kann, wenn die Menschen auch jenseits von Wahlen mitentscheiden können. Zu diesem Zeitpunkt ahnte ich nicht, dass ich 20 Jahre später noch immer mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden zu tun haben würde.

Heute berate ich Menschen und Initiativen, die ein Bürgerbegehren planen, und spreche ebenso mit Mitarbeiter/innen der Verwaltung, Bürgermeister/innen oder Gemeinde- und Stadträten. Journalist/innen melden sich und wollen Fakten, Hintergründe und Zusammenhänge erklärt bekommen. Wenn in anderen Bundesländern und neuerdings auch in Österreich ein Ausbau direkter Demokratie diskutiert wird, fragen mich Parteien und unterschiedlichste Organisationen nach den bayerischen Erfahrungen, laden mich für Vorträge und Sachverständigen-Anhörungen ein. Überschlägt man die Zahlen, so habe ich über die Jahre mittlerweile an die 1.000 Verfahren begleitet, mal mehr, mal weniger intensiv.

Bayern bleibt bis heute Vorreiter bei Bürgerbegehren

Etwa die Hälfte aller Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Deutschland finden in Bayern statt. Das liegt schlicht an den größtenteils guten und anwendungsfreundlichen Regelungen. Viele Themen dürfen zur Abstimmung gestellt werden, die Hürden sind moderat. Der im Volksbegehren angenommene Gesetzentwurf von Mehr Demokratie kam noch ohne Quorum beim Bürgerentscheid aus. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof führte es, zusammen mit einer kürzeren Bindungsfrist, nachträglich ein.

Aus der kommunalpolitischen Praxis in Bayern sind Bürgerbegehren und Bürgerentscheid nicht mehr wegzudenken, wengleich noch lange nicht in jeder bayerischen Stadt oder Gemeinde bereits ein Bürgerbegehren stattgefunden hat. Nahezu alle Themen, die im Gemeinde- oder Stadtrat diskutiert werden, finden sich auch bei Bürgerbegehren wieder. Vom Kindergartenbau bis zur Errichtung eines Krematoriums, von der Finanzierung der

Wasserversorgung bis zur Privatisierung von Krankenhäusern, vom Straßenbau bis zur Ausweisung von Gewerbegebieten oder von der Marktplatzgestaltung bis hin zum Christkindmarkt ist alles vertreten. Doch – auch das zeigt die Erfahrung – wer ein Bürgerbegehren anbahnt und durchführt, braucht Beratung und Unterstützung: organisatorischer, formeller und informeller Art. Zwar rückt ihr Recht, in einzelnen Sachfragen mitentscheiden zu können, den Menschen immer mehr ins Bewusstsein, aber ein Verfahren dann auch durchzuführen ist (noch) nichts Alltägliches. Dass sich Mehr Demokratie hier so stark engagiert, weist über das einzelne Bürgerbegehren hinaus. In alten Unterlagen findet man folgendes Ziel von Mehr Demokratie: „Wir beraten Bürgerbegehren in Gemeinden und Kreisen. Je mehr die direkte Demokratie dort alltäglich wird, umso größer wird das Verständnis für die Volksabstimmung auf Bundesebene.“

Demokratie lernen durch Bürgerentscheide

Inhaltlich verhält sich Mehr Demokratie neutral und bezieht keine Stellung. Das ändert sich, sobald Fragen der Demokratie berührt sind. Landläufig wird unter Demokratie zuerst einmal verstanden, dass die Mehrheit entscheidet. Unser Verständnis von Demokratie umfasst weit mehr, und es zeigt sich besonders gut in der direkten Demokratie, wenn ein Bürgerbegehren läuft. Spätestens an dieser Stelle kommen die Menschen miteinander ins Gespräch – wenn sie Unterschriften sammeln, Argumente austauschen, für die eigene Überzeugung werben. Viele Menschen stoßen hier an ihre Grenzen. Eine andere Meinung aushalten, die der eigenen widerspricht, fällt nicht immer leicht. Mitunter so schwer, dass man unsachlich wird oder einfach vollendete Tatsachen schafft. So endete die Diskussion um die Finanzierung eines Eisstadions damit, dass der Initiator des Bürgerbegehrens sich in wüsten Beschimpfungen erging. An einem anderen Ort ließ der Gemeinderat, noch während die Unterschriften für ein Bürgerbegehren zur Umgestaltung des Marktplatzes gesammelt wurden, die zur Diskussion stehenden Bäume einfach fällen.

Das sind Ausnahmen, aber keine Einzelfälle. Gerade die gewählten Vertreter/innen vergessen mancherorts, dass der Souverän das Volk ist. Sie lassen sich gerne von ihm wählen, wollen aber anschließend keine Macht mehr abgeben. Darin bedarf es sicher noch einiger Übung. Auch darin, die Menschen frühzeitig zu informieren und in Entscheidungen einzubeziehen. Auf der Seite der Bürger/innen braucht es dagegen eine Wachheit, ein Interesse an dem, was ansteht in der Gemeinde, damit sie rechtzeitig und somit wirksam eingreifen und mitentscheiden können.

Die Möglichkeit, als Einzelne/r aktiv zu werden und mitgestalten zu können, schenkt den Menschen (wieder) Selbstbewusstsein. Dass sie sich dessen bewusst werden, erlebe ich im Gespräch mit den Initiator/innen regelrecht als Euphorie. Weg von der lähmenden Machtlosigkeit, hin zu einem Gefühl der Leichtigkeit und Kreativität. Nicht selten sprudeln die Ideen für Aktionen und die Lust, aufeinander zuzugehen, wächst. Sich gemeinsam für eine Sache einzusetzen, funktioniert plötzlich über Parteigrenzen hinweg. Zaghafte aber stetige, so meine ich, gedeiht dieses Selbstbewusstsein, dieses Vertrauen in die eigene Stimme hin zu einer Selbstverständlichkeit, sich als souverän zu fühlen und somit selbst und bewusst mitzugestalten. Jede einzelne Initiatorin, jeder einzelne Initiator hat es in der Hand, die direkte Demokratie als Schatz zu begreifen, Begegnung zu schaffen und Fragen gemeinsam zu lösen. Gleiches gilt für Bürgermeister/innen, Stadt- und Gemeinderäte. Sich einzulassen auf die unterschiedlichen Sichtweisen zu einer Sache, loszulassen vom eigenen Machtstreben ist sicher eine Kunst, schafft aber bestimmt ein zufriedeneres Miteinander. Und mit dieser Haltung machen wir dann den bundesweiten Volksentscheid! /

Susanne Socher

koordiniert die Bürgerbegehrensberatung bei Mehr Demokratie, Mitglied im bayerischen Landesvorstand.